

Kommentare. Berichte. Analysen.

BDS.

www.bds-dgv.de

November 2017

Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



Administrative und politische Konsequenzen ziehen

Friedhelm Ost: „Werte wurden vielfach verwässert oder negiert“

Jan Timke informiert
BDS-Grundsatzausschuss
über gewerbsmäßigen
Bandenbetrug



BranchenLösungen
leben.

Branchen im Fokus.

Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sie sind Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sie sind Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:
business.allianz.de/branchenloesungen



Das Hohe Lied auf die Selbstständigen

von Günther Hieber

Nicht nur in Wahlkampfzeiten, nein, auch in fast allen Reden unserer Volksvertreter können Sie das „Hohe Lied“ auf die Selbstständigen, den Mittelstand und die vielen kleinen Unternehmen in Deutschland hören. Sie erfahren, was Sie schon immer wussten oder ahnten, dass gerade sie ein wesentlicher Stabilisator unserer Gesellschaft sind und wesentlich zum Bruttosozialprodukt beitragen. Auch die Beschäftigtenquote mit gut 80 % der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse am Gesamtarbeitsvolumen in Deutschland spricht eine deutliche Sprache hinsichtlich der Bedeutung des Mittelstandes für uns alle. Ein auf Kostenreduktion strukturiertes Denken ist ein wesentlicher Faktor unseres Wirtschaftslebens.

Selbstständige werden „verschoben“

Diese Parameter werden, sobald es um die Selbstständigen geht, allzu gerne außer Kraft gesetzt. Ich will versuchen, es an Beispielen zu erläutern. Den Selbstständigen bleibt im Krankenversicherungsfalle nur die Möglichkeit, entweder sich in einer privaten Krankenversicherung oder freiwillig in der gesetzlichen Versicherung zu versichern. Sollten Sie als Selbstständige den Weg in die gesetzliche Krankenversicherung wählen, so dürften Sie feststellen, dass die Versicherungspflicht anderen Tarifregelungen unterworfen ist als bei normalen gesetzlich versicherten Arbeitnehmern. Statt einer, wie bei Arbeitnehmern selbstverständlichen, punktgenauen Abrechnung auf Bruttolohnbasis, werden Sie als Selbstständige in drei Beitragsklassen „verschoben“. Das Wort „verschoben“ habe ich ganz bewusst gewählt, denn Sie werden buchstäblich verschoben. Ein Selbstständiger, der am Anfang seines unternehmerischen Werdegangs wahrlich nicht auf Rosen gebettet ist, zahlt bei einem Einkommen von ca. 1.000 Euro monatlich einen Krankenversicherungsbeitrag, der 39,38 % beträgt. Der

Anteil eines Arbeitnehmers beträgt 9,075 % bei einem solchen Bruttogehalt. Der Beitragsatz für den Selbstständigen mändert dann zwischen 26 – 33 %, um letztlich dann auch bei maximal 17,65 % zu enden. Natürlich werden bei Ihnen als Selbstständigen bei der Beitragsbemessung alle positiven Einkünfte berücksichtigt, im Gegensatz zu den Arbeitnehmern. Negative Einkünfte werden großzügigerweise nicht berücksichtigt. Im Extremfall kann dies dazu führen, dass Sie, wenn Sie zwei Einkunftsquellen haben, aus der einen Quelle mit dem Höchstsatz mit



Günther Hieber

ist sowohl Präsident des BDS Baden-Württemberg als auch Präsident des Bundesverbandes der Selbstständigen

747,92 Euro belastet werden. Sollte die zweite Einkommensquelle in gleicher Höhe wie die erste Einkunftsquelle negativ sein, Sie also per Saldo nichts verdient haben, dann müssen Sie zusehen, wie Sie von null Verdienst Ihre Krankenkassenbeiträge entrichten können. Man nennt dies horizontalen Verlustausgleich. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Mit den Ungereimtheiten ist aber noch lange nicht Schluss. Natürlich können Sie unter Vorlage Ihrer Einkommenssteuererklä-

runng und des Bescheides eine Neuveranlagung zur Krankenversicherung in eine der drei Klassen beantragen. Das Dumme ist, dass eine rückwirkende Erstattung zu hoch bezahlter Krankenversicherungsbeiträge nicht erfolgt. Sollten Sie aber, aufgrund von einer Herabsetzung zu wenig bezahlt haben, wird gnadenlos rückwirkend der Beitrag nachgeholt. Das ist ein ganz perfides Spiel. Der Einkommenssteuerbescheid ergeht, frühestens nach 6 Monaten nach Ende des Veranlagungsjahres. Das kann dazu führen, dass Sie in einem Jahr wirklich zu viel bezahlt haben, nichts rausbekommen und in einem Folgejahr zu wenig bezahlt haben, weil Sie wieder besser verdient haben. Es ist wie mit dem Hasen und mit dem Igel, oder anders ausgedrückt, die perfekte Art, sich zwischen zwei Stühle zu setzen.

Verfassungsrechtliche Bedenken

Lassen Sie mich noch mit einem Wort die Altersversorgung streifen. Wenn Sie bereits Rente beziehen, oder kurz davor sind, werden Sie feststellen, dass der Prozentsatz, mit dem die Rente erfasst wird, bis 2030 auf 100 %, also Vollerfassung steigt. Abgesehen von der Tatsache, dass viele Selbstständige im Mittelalter zwischen 50- 60 Jahre alt sind, einen Teil ihrer Altersvorsorge also bereits aus versteuerten Beiträgen bezahlt haben, ist diese Regelung ungerecht. Sie müssen nochmals ab 2030 einen Teil Ihrer Rente, die aus versteuertem Geld stammt, versteuern. Ich halte eine solche Vorgehensweise für verfassungsrechtlich bedenklich.

Manchmal kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Selbstständigen als die Deppen der Nation behandelt werden. Da im Zuge der neuen Kabinettsbildung das Ministerium für Arbeit und Soziales neu besetzt wird, bleibt die Hoffnung, dass nach einem ideologisch geprägten Arbeits- und Sozialministerium hinsichtlich der von mir aufgeworfenen Probleme unternehmerfreundlichere Lösungsansätze im Sozialgesetzbuch erwartet werden dürfen. ■

**Unser exklusives Top-Angebot für BDS-Mitglieder:
Bis zu fünf Cent Preisnachlass pro Liter für Diesel und Benzin**

Bericht Seite 14

Wie im Lehrbuch: Große Koalition stärkt die Ränder

von Dr. Hugo Müller Vogg

Franz Josef Strauß hatte davor gewarnt, auch Helmut Kohl und Edmund Stoiber haben diese Maxime beherzigt: „Es darf rechts von der Union keine demokratisch legitimierte Gruppierung von politischer Relevanz geben.“ Unter Kohls „Mädchen“ ist es nun passiert: Mit der AfD zieht zum ersten Mal wieder eine Partei in den Bundestag ein, die von Nationalkonservativen, Rechtspopulisten und Rechtsradikalen gleichermaßen gewählt wurde. Und das nicht zu knapp: Etwa 14 Prozent haben für die AfD gestimmt. Im Grunde haben die Deutschen so abgestimmt, wie es in allen Politik-Lehrbüchern steht. Große Koalitionen stärken die Ränder. In diesem Fall war es eben der rechte Rand. Die Linke hat mit 9 Prozent kaum zugelegt, weil neun von zehn Wählern die Lage nicht so schlecht einschätzen, wie Wagenknecht, Bartsch und Genossen ihnen weiszumachen versuchen.

Eindeutig verloren hat die Große Koalition. Und zwar sind beide Koalitionspartner kräftig abgestraft worden für eine Politik, die ein paar Wohltaten verteilte, aber ansonsten eher plan- und lustlos wirkte. Von den 67 Prozent von 2013 sind den GroKo-Parteien noch rund 54 Prozent geblieben. Es war vor allem die saftige Quittung für eine Flüchtlingspolitik, die bei Gutmenschen ein Gefühl wohliger Selbstgerechtigkeit auslöste, bei der arbeitenden Mitte aber die berechtigte Sorge, wie die Integration so vieler Menschen gelingen und wer das finanzieren soll.

Merkel noch schwächer als Kohl am Tiefpunkt

Als Helmut Kohl und die CDU/CSU 1998 nach 16 Jahren abgewählt wurden, kamen sie noch auf 35,1 Prozent. Die Merkel-CDU ist nochmals drei Punkte schwächer. Es rächt sich, dass Merkel ihre Partei immer mehr in Richtung linke Mitte bewegt hat. Man muss aber auch sagen: Die Partei hat sich in diese Richtung – euphorisch mit „moderne Großstadtpartei“ umschrieben – bewegen lassen. Konservative Kritiker haben, die eigene Karriere fest im Blick, nur intern gegrummelt. Im Kanzleramt glaubte man, von Demoskopern falsch beraten, die AfD quasi aussitzen zu können. Jetzt sitzen die Rechtspopulisten im



Foto: Laurence Chaperon

Dr. Hugo Müller-Vogg war Mitherausgeber der *FAZ*, *Bild*-Kolumnist und ist heute gefragter Gesprächspartner der Nachrichtensender *n-tv*, *N24* und *Phoenix*

Parlament. Vieles spricht dafür, dass Merkel Kanzlerin bleibt – auch mit deutlich weniger Stimmen als 2013. Das ist aber keine Antwort auf den künftigen Kurs. So wie die CDU/CSU regiert hat, könnte sie eigentlich mit dem größeren Teil der SPD fusionieren. Sie könnte aber auch versuchen, verlorene Wähler der rechten Mitte zurückzugewinnen. Eines sollte der Union eine Lehre sein: Keine erkennbare Linie zu haben, führt kurz über lang zu sozialdemokratischen Ergebnissen.

Der Gottkanzler in der 20-Prozent-Hölle

Die SPD hat das desaströse Ergebnis von 23 Prozent im Jahr 2009 nochmals unterboten – eine Katastrophe. Die etwas mehr als 20 Prozent sind das schlechteste Ergebnis seit 1949. Das historisch schlechteste waren die 18,8 Prozent vom 5. März 1933, der letzten, schon nicht mehr ganz freien Reichstagswahl am Ende der Weimarer Republik. Was für ein Niedergang der einst so stolzen Volkspartei! Die SPD ist nicht nur daran gescheitert, dass Merkel ihr wie ein Staubsauger fast alle The-

men weggenommen hat. Die SPD weiß bis heute nicht, ob sie eine Ansammlung von überwiegend im Staatsdienst beschäftigten linken Theoretikern und Salon-Klassenkämpfern à la Stegner sein will, oder eine Partei, die ihre Programmatik an der Wirklichkeit ausrichtet und nicht die Parteitags-Beschlusslage zum Maß aller Dinge erhebt. Nun wird die SPD wohl die Opposition gegen eine mögliche Jamaika-Regierung stellen – Seit‘ an Seit‘ mit den Linken und der AfD. Wer da keinen klaren Kurs hat, wird sich auch in der Opposition nicht regenerieren.

AFD – Nachfrage nach einem anderen Angebot

Die neue Rechtsaußen-Partei triumphiert. Schwer zu erklären ist ihr sehr gutes Ergebnis nicht. Das Unbehagen über die unkontrollierte Zuwanderung und die Sorge um die Zukunft des Euro waren die beiden Themen, die im Bundestag keine andere Partei aufgegriffen hat. Wo aber eine Nachfrage besteht, gibt es bald auch ein entsprechendes Angebot. So hat die Rechtsaußenpartei nicht nur

ihre Erfolgssträhne aus 13 Landtagswahlen verlängert; sie hat ihr Ergebnis von 2013 fast verdreifacht. Überdies hat sie noch alles aufgesammelt, was es so an Ressentiments gegen „die da oben“ gibt. Mit der AfD sitzt künftig also eine Fundamentalopposition im Reichstag. Sie wird weniger durch durchdachte politische Konzepte auf sich aufmerksam machen, als durch interne Grabenkämpfe zwischen Nationalkonservativen und Rechtsradikalen.

FDP – they are back

Die Freien Demokraten haben geschafft, was ihnen nach 2013 kaum noch jemand zugeutraut hatte: sie sind wieder da. Die Verdopplung ihres Stimmanteils auf gut 9 Prozent ist eine enorme politische Leistung. Unter ihren Wählern dürften viele ehemaligen CDU-Anhänger sein. Aber im Vergleich zu 2013 hat Schwarz-Gelb Stimmen verloren. Weil es weder für Schwarz-Gelb noch für Schwarz-Grün reicht, kann sich Christian Lindner wohl kaum Gesprächen über ein Jamaika-Bündnis von CDU/CSU, Grünen und Freien Demokraten entziehen. Eines ist klar: Das Comeback ist sein Verdienst; bei der FDP geschieht nur Lindners Wille.

Die Linke – mehr schlecht als recht behauptet

Die Linke hat sich in etwa behauptet. Was keine Überraschung ist. Die Partei hat ohne ihren Star Gregor Gysi an Attraktivität verloren. Auch regiert sie in drei Ländern und in vielen Kommunen mit, kann sich den Wählern als nicht mehr als Fundamentalopposition empfehlen wie die AfD. Vor allem aber liegt die Partei beim zentralen Thema Flüchtlinge und Integration völlig konträr zur Meinung der Mehrheit und nimmt in diesem Zusammenhang auf die Sorgen vieler, die sich ohnehin zu kurz gekommen fühlen, keine Rücksicht. Die Linke hat in diesem Wahlkampf der unkontrollierten Zuwanderung ebenso das Wort geredet wie der unkontrollierten Ausgabenflut. Diese Welle hat sie nicht weit getragen.

Die Grünen – kein neuer Frühling

Sie wussten nicht, was sie wollen sollen: Schwarz-Grün oder Rot-Rot-Grün. Und so wussten die Wähler auch nicht, was sie mit diesen Grünen anfangen sollen. Nur eines wurde klar: Wer dort sich nicht nur als Realo gibt, wie die Spitzenkandidaten Özdemir und Göring-Eckardt, sondern auch realpolitisch handelt wie Kretschmann und Palmer, der hat

es in den eigenen Reihen schwer, sehr schwer. Immerhin hat die Partei etwas zugelegt, auf mehr als 9 Prozent. Dennoch stehen ihr jetzt harte Flügelkämpfe bevor. Gut möglich, dass der linke Flügel die Reise nach Jamaika absagt.

Auf alle Fälle Mutti

Wie zu erwarten war, gibt es rechnerisch nur zwei Koalitions-Optionen: Schwarz-Rot oder Schwarz-Gelb-Grün. Die SPD hat eine Neuaufgabe der GroKo bereits ausgeschlossen. Gegen Jamaika gibt es jedoch erhebliche Widerstände in allen beteiligten Parteien – bei FDP, Grünen und nicht zuletzt bei der CSU. Es stehen sehr lange Sondierungen und Verhandlungen ins Haus. Am Ende wird die Kanzlerin wieder Angela Merkel heißen. Und diejenigen, die hasserfüllt auf den Marktplätzen „Merkel muss weg“ gebrüllt haben, dürfen sagen: Wir haben Mutti geholfen. Denn auch dank des guten AfD-Ergebnisses ist gegen die CDU/CSU keine Regierung möglich. ■

Veröffentlicht auf www.tichyseinblick.de und www.huffingtonpost.de am 24. September 2017

eset[®] SICHER IM INTERNET

Nicht nur das K6 Medien Team setzt auf ESET-Software, sondern weltweit mehr als 100 Millionen zufriedene Kunden. Seit über 27 Jahren sorgt die Technologie von ESET für eine sichere digitale Welt. Die Technologie von ESET ist mit 58 Auszeichnungen Rekordhalter bei den begehrten VB100 awards.

Darüber hinaus bieten die ESET-Spezialisten kostenlosen Support.

Dies alles für alle gängigen Systeme wie Windows, MAC OS X, Linux oder Android. Als Einzelversion oder als Paket mit bis zu 5 Plätzen und bei Bedarf sogar darüber hinaus.

- ✓ Antivirus/Antispyware
- ✓ Optimierte für virtuelle Umgebungen
- ✓ Anti-Phishing
- ✓ Web-Kontrolle
- ✓ Zwei-Wege-Firewall
- ✓ Botnet-Erkennung
- ✓ Anti-Spam
- ✓ Zentrale Verwaltung

Fragen Sie nach einem auf Sie speziell zugeschnittenen Sicherheitspaket! Gerne beraten wir Sie - Ihr K6 Medien Team!

Exklusiv
für BDS Mitglieder
10%
Vergünstigung auf
ESET-Software



☎ (0231) 33874133
☎ (0231) 33896183
✉ info@k6-medien.de

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Erklärung des Berliner Kreises zur Bundestagswahl

Das für die Union katastrophale Ergebnis der Bundestagswahl darf auf die inhaltliche Ausrichtung der Union und das künftige Regierungshandeln nicht ohne durchgreifende Folgen bleiben. Der Verlust von 2,8 Millionen Wählern und der Absturz auf das schlechteste Resultat für die CDU seit 1949 erlauben weder Schönfärberei und Relativierungen noch Ignoranz und einen geschäftsmäßigen Übergang zur Tagesordnung. Stattdessen bedarf es einer schonungslosen Analyse und eines klaren Signals der Parteivorsitzenden an die verprellten Unionswähler. Die Botschaft muss lauten: „Wir haben verstanden. Wir nehmen den Weckruf ernst und ziehen in unserer Politik die notwendigen Konsequenzen.“ Erforderlich ist insbesondere eine nachhaltige Kurskorrektur in der Asyl- und Migrationspolitik, die die Verfassungspflicht zur Sicherung der Landesgrenzen wieder aktiv wahrnimmt, einen sofortigen Stopp der illegalen Migration verfügt und Migranten ohne Pass nicht mehr nach Deutschland hereinlässt.

Der Rückgang um 8,6 Prozent auf 32,9 Prozent bedeutet den größten Verlust an Wählerstimmen, den die Union je bei einer Bundestagswahl verzeichnen musste. Zieht man das CSU-Ergebnis ab, haben sich lediglich noch 26,8 Prozent der Wähler für die CDU entschieden. Das bedeutet nicht nur den Verlust von rund 70 Bundestagsmandaten, sondern auch einen erheblichen Rückgang der Flächenpräsenz und eine Verminderung der Organisationsstrukturen der Union. Insbesondere in Ostdeutschland sind vormals sichere CDU-Hochburgen verlorengegangen. Das Ergebnis ist der vorläufige Tiefpunkt einer Entwicklung, in deren Verlauf die Union bei den letzten vier Bundestagswahlen drei der vier schlechtesten Wahlergebnisse seit 1949 sowie einen deutlichen Rückgang der Mitgliederzahlen verzeichnen

musste. Hat die Union dabei in früheren Jahren überwiegend Stimmen enttäuschter Stammwähler in das Lager der Nichtwähler verloren, so verzeichnet die Wählerwanderung bei der Bundestagswahl 2017 nunmehr einen Verlust von rund einer Million Stimmen an die AfD und rund 1,3 Millionen Stimmen an die FDP. Diese Entwicklungen machen allesamt deutlich, dass sich die in den letzten Jahren verloren gegangenen Unionswähler vor allem aufgrund der sträflichen Vernachlässigung des wertkonservativen Flügels von der Partei abgewandt haben, jedoch durch eine Rückkehr zu liberal-konservativer Politik auch wieder zurückgewinnen lassen.

Es kann nicht in Abrede gestellt werden, dass die Vernachlässigung der konservativen Wählerschaft Mitursache für das Entstehen und die Wahlerfolge der AfD gewesen ist. Die Entscheidung zur Öffnung der Grenzen durch die Bundeskanzlerin sowie der ungesteuerte und unkontrollierte Zuzug von Migranten in unser Land haben zahlreiche Menschen verunsichert und zu einer Spaltung in der deutschen Gesellschaft und in der Europäischen Union geführt. Angesichts dieser dramatischen Entwicklung muss die Parteivorsitzende eine sichtbare Korrektur ihrer Politik vornehmen. Es ist kontraproduktiv, wenn sie innerhalb von 48 Stunden nach dem Wahldebakel erklärt, sie könne „nicht erkennen, was wir jetzt anders machen müssten“ und sie wolle sich nicht ewig mit Analysen des Wahlkampfes beschäftigen. Notwendig ist vielmehr die Rückkehr zu einer offenen innerparteilichen Debattenkultur, die um den besten Weg ringt und nicht ein Abnicken von Regierungsentscheidungen erwartet.

Es besteht die Gefahr, dass ein „Weiter so“ zu einem noch größeren Verlust von Wählervertrauen führen wird. Es ist auch unverständlich, wenn die Parteivorsitzende ein-

erseits erklärt, dass sich eine Situation wie im September 2015 nicht mehr wiederholen dürfe und sie andererseits in ihrem Handeln keine Fehler erkannt haben will. Erschwerend kommt hinzu, dass sie wichtige Parteitagebeschlüsse ignoriert. Das katastrophale Wahlergebnis für die Union ist nicht die Folge eines Rechtsrucks der Republik.

Da die Union in einem Jamaika-Bündnis mehr als drei Fünftel der Abgeordneten stellen würde, müsste sich in einem solchen Fall auch die Programmatik der Union in einem Koalitionsvertrag und im praktischen Regierungshandeln proportional widerspiegeln. Die Parteivorsitzende ist daher gefordert, keine nicht vermittelbaren Kompromisse einzugehen und klare Festlegungen im Sinne des Unionsprofils zu treffen. Dies umfasst die Umsetzung von Parteitagebeschlüssen wie die Abkehr von der Regelung zur doppelten Staatsbürgerschaft ebenso wie konsequenter Abschiebungen, die weitere Aussetzung des Familiennachzuges, die Wiederherstellung der Inneren Sicherheit, die Verteidigung der nationalen Identität und das Festhalten an der deutschen Leitkultur. Im Bereich der Wirtschafts- und Ordnungspolitik bedeutet dies gerade auch unter dem Gesichtspunkt der Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze u.a. keine neuen Belastungen für die Unternehmen, Bürokratieabbau (z.B. hinsichtlich der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn), spürbare Steuerensenkungen für kleine und mittlere Einkommen, den Einstieg in den Ausstieg beim Soli.

Nur durch eine Besinnung auf die Grundlagen der Union mit gleichermaßen wertkonservativen, wirtschaftsliberalen und christlich-sozialen Wurzeln wird es gelingen, die abgewanderten Wähler zurückzugewinnen, die Union als Volkspartei zu erhalten und vor einem weiteren Absturz zu bewahren. ■

IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband

Hrgs: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11

Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich),
Thomas Brüggmann, Anita Schäfer
Layout & © Titel: Joachim Schäfer

Fotos: J. Schäfer, Bettina Ausserhofer,
H.-J. Großbimlinghaus

Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin
Bezugsbedingungen:

Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.

© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:

Bundesverband der Selbständigen –
Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

Exklusiv für BDS Mitglieder:

Jetzt Partnerkonditionen für die euroShell Card sichern

**Bis zu 5* Cent Preisnachlass pro Liter Diesel und Benzin
mit dem Aktionscode BDS2017**

Mehr Infos hier!



- sicheres und bargeldloses Tanken
- 25 000 Tankstellen in Europa
- 2 200 Shell-Tankstellen und weitere 2800 Partnertankstellen (Total, Esso und AVIA) in Deutschland
- komfortable Fahrzeugverwaltung
- alles auf einer Rechnung im praktischen PDF-Format – ohne Belege und lästige Verwaltung
- Rabatte auf Diesel und Benzin
- mehr Überblick und Kostenkontrolle beim Tanken
- keine Mindestabnahmemenge von Kraftstoff oder Tankkarten

Gleich Rückruf vereinbaren!



BDS
Bund der Selbständigen
Landesverband NRW e.V.

BDS.
Bundesverband der Selbständigen

Wir sind auch telefonisch für sie da: **Partnerhotline 0911 / 149 554 92**

FLEETCOR Deutschland GmbH, Frankenstraße 150c, 90461 Nürnberg

(*Angebot gilt nur für Neukunden)

Friedhelm Ost leitete die ZDF-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde. Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.



Administrative und politische Konsequenzen ziehen

Friedhelm Ost: „Es wurde gegen große Teile der CDU-Mitglieder und CDU-Wähler regiert, Werte wurden vielfach verwässert oder gar negiert“

? Die Merkel-CDU hat ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1949 eingefahren. Die Bundeskanzlerin hat dieses Ergebnis noch am Wahlabend lächelnd weggesteckt, nach dem Motto: Hauptsache ich bleibe Kanzlerin. Kann man aus dieser Reaktion schließen, dass Frau Merkel die Partei egal ist und dass sie nur ichbezogen denkt?

Friedhelm Ost: Die Reaktion ist nur

„Der Absturz der CSU bei der Bundestagswahl war mehr als ein Alpengewitter.“

mit Galgenhumor zu erklären. Das Votum der Wähler fiel wahrlich ernüchternd aus. Es war so schlecht für die Union wie nie zuvor, denn 1949 kann als Vergleichsbasis wohl gar nicht herangezogen werden. Die CDU hat in den letzten Jahren mehr und mehr an Profil verloren. Dafür sind natürlich die Parteivorsitzende, aber auch ihre Stellvertreter und insbesondere der Generalsekretär verantwort-

lich. Es kann und darf einfach nicht mehr ein „Weiter so“ gelten, um so mit Mühe und Not für eine nächste Legislaturperiode im Kanzleramt zu sitzen. Die politischen Fehlentwicklungen müssen wirklich ohne Wenn und Aber analysiert und aufgearbeitet werden. Mit der Aussage der Kanzlerin am Wahlabend, man hätte eigentlich nichts falsch gemacht und würde alles so wieder machen, wird die CDU eher

noch viele weitere Wähler verlieren. Die bayerische Schwesterpartei wird dabei in „Sippenhaft“ genommen. Der Absturz der CSU bei der Bundestagswahl war mehr als ein Alpengewitter.

? Der Wissenschaftler Werner Patzelt führt das schlechte Wahlergebnis unter anderem darauf zurück, dass die Bundeskanzlerin z. B. in der Energie- und Zuwanderungspolitik eine Art „All-Parteien-Koalition“ anführte und sich dazu aufschwang, gegen einen nennenswerten Teil der Bevölkerung und CDU-Wähler anzugreifen. Sehen Sie dies genauso?

Friedhelm Ost: Die politischen Entscheidungen sind vielfach mit dem Blick auf demoskopische Umfrageergebnisse getroffen worden. Das gilt für die Energiewende, für die Aussetzung der Wehrpflicht, für die Migrationspolitik, die Ehe für alle und einiges mehr. Damit wurde in der Tat gegen große Teile der CDU-Mitglieder und CDU-Wähler regiert. Viele konnten sich schließlich mit der Union nicht mehr identifizieren. Das parteipolitische Koordinaten-System war kaum noch zu erkennen, die Werte der CDU wurden vielfach einfach verwässert oder gar negiert.

? Jens Spahn und Carsten Linneemann, die immer wieder deutlich auf Distanz zur Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin gingen, verloren in ihren Wahlkreisen kaum Prozentpunkte gegenüber der letzten Bundestagswahl. Dagegen verlor Generalsekretär Peter Tauber, der die CDU jünger, weiblicher und bunter machen wollte, 12 Prozentpunkte. Was lehrt uns das?

Friedhelm Ost: Carsten Linneemann, Jens Spahn, auch Thomas Bareiß und einige andere CDU-Politiker haben bei der Wahl gut abgeschnitten, weil sie immer wieder klare Kante angemahnt haben. Als Abgeordnete mit Direktmandat waren sie nahe beim Wählervolk, pflegten sie den Kontakt zu ihren Stammwählern, machten sie manch gute Vorschläge für not-



„Mit billigen Marketing-Tricks lassen sich auch keine jüngeren, weiblichen und bunten Wähler für die Union gewinnen. Ein Generalsekretär, der in seinem hessischen Wahlkreis eine solche Pleite bei seiner Wahl erlebt hat, sollte über Konsequenzen nicht noch lange nachdenken.“

Friedhelm Ost über den CDU-Generalsekretär Peter Tauber

wendige politische Entscheidungen. Allerdings fanden sie nicht immer das Echo in der CDU, weil manche sich einfach taub oder gar tauber stellten. Dabei weiß doch jeder, wie wichtig die Pflege der Stammkundschaft ist. Mit dem Schielen nach Laufkunden ist kein Staat zu machen. Mit billigen Marketing-Tricks und -Verrenkungen lassen sich auch keine jüngeren, weiblichen und bunten Wähler für die Union gewinnen. Ein Generalsekretär, der in seinem hessischen Wahlkreis eine solche Pleite bei seiner Wahl erlebt hat, sollte über Konsequenzen nicht noch lange nachdenken.

? Der CDU-Vize und NRW Ministerpräsident Armin Laschet vertritt die Auffassung, dass die CDU ihren Kurs nicht verändern muss. Hat Laschet den letzten Schuss nicht gehört?

Friedhelm Ost: Ich bin sicher, dass Armin Laschet den Schuss mit dem außerordentlich lauten Knall gehört hat. Er war doch gerade im Mai diesen Jahres bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen so erfolgreich, weil er die CDU in seinem Bundesland reformiert, weil er die traditionellen Unionsanhänger mobilisiert hat. Armin Laschet hat dabei attraktive Perspektiven eröffnet und zwar mit vielen klaren Ansagen in der Innen-, Wirtschafts- und Bildungspolitik. Er ist als Konservativer erkennbar geblieben – mit einem festen Standbein und mit einem kräftigen Schussbein. Ihm vertrauen die Menschen an Rhein und Ruhr, dass er in der Koalition mit der FDP manchen rot-grünen Flurschaden der Vergangenheit beseitigen und die dynamischen Kräfte vor allem im Mittelstand entfesseln wird.

? Auch in der neuen CDU-Bundestagsfraktion brodelt es hinter den Kulissen. Volker Kauder wurde von 53 Abgeordneten die Zustimmung zum Fraktionsvorsitzenden verweigert, obwohl er keinen Gegenkandidaten hatte. Galt dieser Warnschuss auch der Kanzlerin?

Friedhelm Ost: Das miserable Ergebnis bei der Wiederwahl von Volker Kauder zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion spiegelt auch Unmut wider – zum einen gegen Angela Merkel, zum anderen auch gegen Volker Kauder, der oft genug die Entscheidungen der Kanzlerin von den Unionsabgeordneten nur noch abnicken ließ. So hat die Fraktion an Macht und Einfluss auf die Entscheidung der Regierung verloren. Die Abgeordneten mussten jedoch in ihren Wahlkreisen die bisweilen opportunistischen und manchmal auch unverständlichen Beschlüsse der Regierung vertreten, was oft schwer genug fiel.

? Konservative Gesprächskreise innerhalb der CDU fordern, dass die Bundeskanzlerin ihren Parteivorsitz abgibt, damit ein neuer Parteivorsitzender andere politische Schwerpunkte setzen kann. Wäre das aus Ihrer Sicht eine Möglichkeit, die CDU-Anhänger, die aus Frust AfD gewählt haben, wieder an den heimischen Herd zurückzuführen?

Friedhelm Ost: Mit der Aufteilung der Ämter allein würde sich wohl keine wesentliche Verbesserung ergeben. Im Prinzip hat es sich in der Vergangenheit der CDU durchaus bewährt, wenn „Politik aus einer Hand“ gemacht wird. Allerdings muss das nicht so bleiben. Denn in Zeiten schwieriger Koalitionen, das gilt für die Große Koalition gleichermaßen wie für Jamaika, ist der Regierungschef als Manager des kleinsten gemeinsamen politischen Nenners mehr als gefordert und kann nur in bescheidenem Maße die eigene Partei nach außen profilieren. Der Frust und die Enttäuschung derjenigen, die als frühere CDU-Anhänger nun die AfD gewählt haben, werden jedoch allein durch eine andere Personalie an der Parteispitze nicht beseitigt. Da muss viel mehr programmatisch, strategisch, politisch und personell geschehen. Sonst wird der Erosionsprozess weitergehen.

? Mit Blick auf eine Jamaika-Koalition hat die Grünen-Parteivorsitzende Simone Peter der vor der CSU wiederholt geforderten Obergrenze für neuankommende Flüchtlinge eine Absage erteilt. Sehen Sie eine Kompromisslinie, die es der CSU ermöglicht, ohne Gesichtsverlust in einer Jamaika-Koalition mitzuwirken? Dies auch mit Blick auf die Äußerung des neuen CSU-Landesgruppenvorsitzenden Alexander Dobrindt, der wie folgt zitiert wird: „Es ist doch klar, dass die Obergrenze Teil einer Koalitionsvereinbarung sein muss.“

Friedhelm Ost: Die Obergrenze ist nur mit einer Änderung unseres Grundgesetzes zu erreichen. Die CSU hat gut 6 %, die CDU 26 % der Wählerstimmen bei der Bundestagswahl erhalten. Wie die erforderliche Mehrheit im Bundestag für die Gesetzesänderung zusammengebracht werden könnte, das weiß weder Horst Seehofer noch ein anderer CSU-Protagonist – auch nicht Alexander Dobrindt als neuer Vorsitzender der CSU-Landesgruppe in Berlin.

Richtig ist jedoch, was der frühere Bundespräsident gesagt hat: Unser Herz ist weit, aber unsere Kräfte sind begrenzt, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten geht. Selbst Angela Merkel sagt ja inzwischen, dass sich der September 2015 nicht wiederholen darf. Deshalb gilt es, zum einen gemeinsam mit den EU-



„Ich kann seinem Vorschlag viel abgewinnen.“

Friedhelm Ost über Christian Lindners Forderung nach einem Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild

Partnern die Sicherung der Außengrenzen konsequent zu stärken. Zum anderen müssen wir auch an unseren nationalen Grenzen Kontrollen etablieren, damit wir als souveränes Land entscheiden, wer zu uns einreisen darf. Schließlich müssen die Asylverfahren wesentlich beschleunigt werden und die Abschiebungen zügig erfolgen. Mit einem Facharbeiter-Zuwanderungsgesetz können wir bestimmte Zahlen von Einwanderern, die wir wünschen, festlegen. Jedenfalls muss das Flüchtlings- und Migrantenproblem in einem neuen Koalitionsvertrag eindeutig und praktikabel gelöst werden.

? Auch FDP Chef Christian Lindner sieht hohe Hürden auf dem Weg zu einer möglichen Koalition von Union, Grünen und FDP. Die FDP will ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild und lehnt automatische Finanztransfers in Europa ab. Letzteres ist das Gegenteil von dem, was bei der Bundeskanzlerin auf der politischen Agenda stand.

Friedhelm Ost: Solidarität ist keine Einbahnstraße! Das muss auch für die EU gelten und muss von allen Partnern akzeptiert werden. Wer bei der Lastenverteilung nicht mitmachen will, der muss das auch bei den Finanztransfers spüren. Bei den EU-Gipfeln muss der deutsche Regierungschef deshalb Klarheit reden und deutlich machen, dass Deutschland nicht weiterhin

der Zahlmeister Europas sein wird. Da stimme ich Christian Lindner voll und ganz zu, ebenso wie ich seinen Vorschlag für ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild viel abgewinnen kann.

? Im Wahlkampf hatte die FDP auch angekündigt, einen Untersuchungsausschuss zur Flüchtlingspolitik und zur unkontrollierten Grenzöffnung im Jahr 2015 zu beantragen. Besondere Brisanz bekäme dann eine Studie des Wissenschaftlichen Dienstes, die besagt, dass „die pauschale und massenhafte Einreisegestattung nicht mehr von § 18 Abs.4 des Asylgesetzes gedeckt sein könnte“. Spricht die FDP Ankündigung nicht auch gegen das Zustandekommen einer Jamaika-Koalition?

Friedhelm Ost: Mich erstaunt schon, wie viele Untersuchungsausschüsse im neuen Bundestag eingerichtet werden sollen. Ob die FDP oder die AfD dafür ein ausreichendes Votum erreichen, das ist völlig offen, eher unwahrscheinlich. Dennoch solle möglichst umgehend aufgearbeitet werden, was in der Flüchtlingspolitik, vor allem nach der spontanen Entscheidung der Kanzlerin im Herbst 2015, alles schief gelaufen ist. Aus diesen Erkenntnissen müssen administrative und politische Konsequenzen gezogen werden. Ich glaube nicht, dass dies der große Stolperstein für eine mögliche Jamaika-Koalition sein wird.

Der Verkauf im Onlinegeschäft boomt!

Daher ist das Vermarkten und Verkaufen Ihrer Produkte im Internet unumgänglich. Durch das richtige Gesamtkonzept, passend zum Unternehmen, können Ihre Ansprüche und Bedürfnisse in einem Online-Shop abgedeckt werden.

So steht Ihrem Erfolg nichts im Wege!

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133

(0231) 33896183

info@k6-medien.de

ONLINESHOPS

SHOPSYSTEME

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

? Auch die Grünen haben im Wahlkampf rote Linien gezogen. So das Verbot des Verbrennungsmotors, das Abschalten von Kohlekraftwerken, mehr soziale Gerechtigkeit, ein Ende des Sparkurses in Europa und eine humane Flüchtlingspolitik, was nichts anderes heißt, als offene Grenzen und keine Abschiebungen. Derartige Positionen werden weder von der FDP, noch von der CSU geteilt. Diese Positionen erlauben doch keine Kompromisslinien, wenn die FDP nicht riskieren will, bei den nächsten Wahlen zum Bundestag wieder abgestraft zu werden. War es mit Blick auf die roten Linien von FDP und Bündnisgrünen ein strategischer Fehler der SPD, sich überstürzt der Koalition mit der CDU entzogen zu haben?

Friedhelm Ost: Von Bismarck wissen wir, dass niemals so viel gelogen wird wie nach einer Jagd, während der Hochzeitsnacht und vor einer Wahl. Das gilt auch für die hehren programmatischen Forderungen einzelner Parteien und für die roten Linien. Aber es ist völlig richtig: Es wird ganz, ganz schwierig, die Vorstellungen von FDP, Grünen und Union auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und eine Regierung ohne Riesensprengstoff zu bilden. Alle Parteien wollen, ja müssen sich in dem Koalitionsbündnis wiedererkennen. Sonst wenden sich ihre Wähler mit Enttäuschung und Grauen ab. Das gilt für die kleineren Partner, vor al-

lem aber auch für die CDU und CSU, die mit einer noch stärkeren Verflachung ihres Profils auf dem Verliererkurs bleiben würden. Vor allem würde der CSU bei der Landtagswahl im Herbst 2018 eine schmerzliche Pleite in Bayern drohen. Die Entscheidung der SPD, nun die Opposition im Bundestag anzuführen, war gewiss übereilt und ist nur mit ganz bitterer Enttäuschung zu erklären. Es wäre gewiss besser gewesen, zumindest eine Nacht darüber zu schlafen und dann als gute demokratische Partei zumindest als Gesprächspartner bereit zu sein. Franz Müntefering, einst SPD-Vorsitzender, hat doch vor Jahren bereits richtig angemerkt: Opposition ist Mist. Noch steht keine neue Koalition, noch ist vieles möglich – vielleicht auch bei der SPD.

„Von Bismarck wissen wir, dass niemals so viel gelogen wird wie nach einer Jagd, während der Hochzeitsnacht und vor einer Wahl.“

Friedhelm Ost zu den programmatischen Forderungen der einzelnen Parteien und den roten Linien

? Durch das politische Berlin gestert bereits das Wort „Neuwahlen“. Würden Neuwahlen nicht bedeuten, dass die AfD noch stärker, und damit eine Regierungsbildung erst recht unmöglich wird?

Friedhelm Ost: Gewiss, sowohl die Linken als auch die AfD wären Profiteure, wenn es zu Neuwahlen käme. Doch weder die Union noch die SPD wollen dies. So werden sie auch nicht einer Auflösung des Bundestages zustimmen, was doch für Neuwahlen erforderlich wäre. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die AfD mit der letzten Wahl schon ihren Höhepunkt überschritten hat: Diese Partei zerbröckelt und zerbröckelt bereits. Sie könnte das Schicksal von Bernd Lucke ereilen, der als Löwe startete und als Bettvorleger landete. ■



Mit Friedhelm Ost sprach Joachim Schäfer



Das Internet gehört zu den wichtigsten Medien unserer Zeit. Daher ist es wichtig, wie man sich im Web präsentiert.

Ob in HTML 5 oder im CMS (Content-Management-System) gehören Funktionen wie Responsive Design dazu.

Informieren Sie sich jetzt!

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133

(0231) 33896183

info@k6-medien.de

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Enkeltrick – Netzwerk umfasst nahezu 2000 Kriminelle

Jan Timke informiert BDS-Grundsatzausschuss über gewerbsmäßigen Bandenbetrug



Jan Timke ist Mitglied der Bremer Bürgerschaft

Seit dem 23. September 2008 ist Jan Timke für die Wählervereinigung BIW Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, also im Landtag der Freien und Hansestadt Bremen. Dort vertritt er die Wählervereinigung in der staatlichen Deputation für Inneres, wobei er in dieser Funktion auf seine Erfahrungen als Bundespolizist bei einer Spezialeinheit zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität an der deutsch-polnischen Grenze zurückgreifen kann. Aber auch als Personenschützer des früheren Bundespräsidenten Johannes Rau kann Timke sein Fachwissen in den Innenausschuss des Bremer Landtages einbringen. So ist es unter anderem dem 46-jährigen BIW-Politiker zu verdanken, dass die Machenschaften des berüchtigten Miri-Clans thematisiert und öffentlich gemacht wurden.

Schadenssumme beträgt 1,01 Mrd. Euro

Dem BDS ist Timke im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft „Freie Publizisten“ seit mehr als 15 Jahren verbunden, sodass sein Vortrag über sein Fachgebiet „Organisierte Kriminalität“ vor dem BDS-Grundsatzausschuss ein Heimspiel war.

Zunächst erläuterte Timke, wie die gemeinsame Arbeitsgruppe aus Justiz und Polizei Organisierte Kriminalität definiert, wie viele Ermittlungsverfahren (563) gegen OK-Gruppierungen im Jahr 2016 eingeleitet wurden, wie viele Tatverdächtige (8655) es gab und wie hoch die Schadenssumme (1,01 Milliarden Euro) zu beziffern war.

Den größten Brocken verursacht die Rauschgiftkriminalität (36,2 Prozent), gefolgt von der Eigentumskriminalität (17,4 Prozent). Steuer- und Zolldelikte umfassen 10,1 Prozent. Das Schlusslicht bildet die Schleuserkriminalität mit 6,7 Prozent.

Von den Tatverdächtigen besitzen 44 Prozent die deutsche Staatsangehörigkeit, wobei Timke darauf hinweist, dass hier nicht zwischen den Deutschen und deutschen Staatsangehörigen mit Migrations-



Erlebten eine spannendes Referat von Jan Timke: Die Mitglieder des BDS-Grundsatzausschuss

hintergrund unterschieden wird. Bei den türkisch dominierten OK-Gruppierungen überwiegt der Rauschgifthandel beziehungsweise der Rauschgiftschmuggel mit fast 60 Prozent und bei den polnischen Tätern steht die Eigentumskriminalität mit 51,5 Prozent an erster Stelle.

Emotionaler Druck und Drohungen

Das Hauptaugenmerk seines Vortrages legte Jan Timke auf die sogenannten SÄM-Delikte. SÄM steht für Straftaten gegen ältere Menschen. Die bekannteste Vorgehensweise der Kriminellen beim gewerbsmäßigen Bandenbetrug ist der sogenannte „Enkeltrick“, der nach Timkes Einschätzung von vielen Strafverfolgungsbehörden noch als Bagatelvergehen gewertet wird.

Für die erfolgreiche Umsetzung des Enkeltricks kommen nach Timkes Recherchen mehrere Tatbeteiligte zum Zuge. Es handelt sich also um Banden, deren Mitglieder in wechselnden Funktionen als Anrufer (die Fachleute sprechen von „Keiler“) sowie als Logistiker, Vermittler, Fahrer, Observanten und Boten zum Einsatz kommen.

Der „Keiler“ verfügt über rhetorische Fähigkeiten und ein ausgeprägtes Einfühlungsvermögen, um das Vertrauen der Zielperson zu gewinnen. Timke schätzt, dass der „Keiler“ rund 150 Anrufe pro Tag tätigt, wobei er vielfach emotionalen Druck ausübt und auch vor Drohungen nicht zurückschreckt.

Erfinder des Enkeltricks ist ein gewisser Arkadiusz Lakatosz (Spitzname Hoss), ein polnischer Staatsbürger, zu dessen Netzwerk nahezu zweitausend Personen zählen, die in ganz Europa tätig sind – straff organisiert und abgeschottet.

Hoss lebte in Hamburg, bevor er wieder nach Polen zurückkehrte, um von dort aus sein verbrecherisches Handeln zu organisieren. Inzwischen hatten aber auch die Polen von dem Wirken ihres Landsmannes Kenntnis erhalten. Im Jahr 2014 wurde Hoss in Warschau festgenommen, kam aber dann nach Hinterlegung einer Kaution von umgerechnet 120.000,00 Euro wieder auf freiem Fuß. Eine weitere Festnahme erfolgte im März 2017, wobei auch hier eine wahrscheinlich bestochene polnische Richter in den Kriminellen nach Hinterlegung einer Kaution wieder auf freien Fuß setzte. Inzwischen ist Hoss untergetaucht.

Hochzeitsfeier für 280.000 Euro

Timke verdeutlichte eine erschreckende Erfolgsquote des polnischen Roma: Eine 89-jährige alte Dame aus Baden-Württemberg wurde mit dem Enkeltrick von Hoss um 34.000,00 Euro erleichtert, eine Rent-

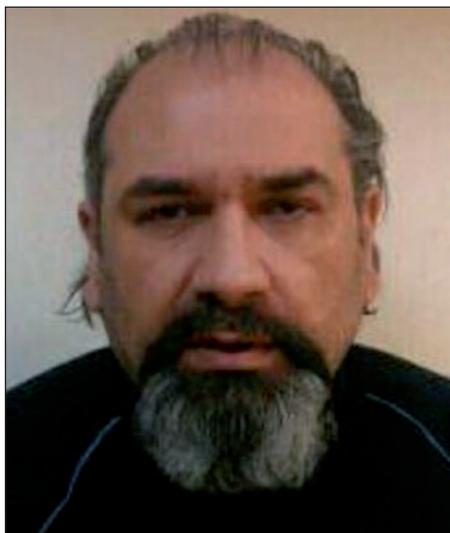
nerin aus Kassel, die in einem Seniorenstift lebte, verlor an Hoss Goldbaren im Wert von 95.000,00 Euro und den höchsten Betrag den Hoss ergaunerte, bezifferte Timke auf 850.000,00 Euro. Von diesem Geld wurde unter anderem eine Hochzeitsfeier des Hoss-Clans in Warschau bezahlt. Kostenpunkt: 280.000,00 Euro (!).

Versagen der Justizbehörden

Jan Timke gab eine düstere Prognose für die weitere Entwicklung beim Enkeltrick. Zum einen verwies er die BIW-Politiker auf die demografische Entwicklung und die steigende Lebenserwartung, zum anderen auf die wenig wirksamen Präventivmaßnahmen der Polizei und auch auf die geringe Aufklärungsquote. Zudem fehle es an politischem Willen, das Problem aus Gründen der Political Correctness anzugehen, weil es sich bei dem Hoss-Clan um eine Roma-Sippe handele, unterstrich Timke. Außerdem versage die Justiz, die vielfach keine banden- und gewerbsmäßige Vorgehensweise konstatiere, sondern den Enkeltrick vielfach als Betrugsdelikt ansehe und im Höchstfall mit einer Bewährungsstrafe ahnde.

Als größten handwerklichen politischen Fehler bezeichnet Timke die Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung aus dem Jahr 2015, weil hier der Straftatbestand „Betrug in besonders schweren Fällen“ aus dem Katalog der Delikte gestrichen worden sei. Somit bestehe seit Juli 2017 keine Möglichkeit mehr, dass die Ermittlungsbehörden auf Verbindungsdaten von den Telekommunikationsunternehmen zurückgreifen können. Weiterhin fehle es in jedem Bundesland an überregionalen Ermittlungsgruppen, betonte Timke. „Jeder kocht im eigenen Saft.“

A.S. ■



Der Chef der Enkeltrick-Bande: Arkadiusz Lakatosz

Unser exklusives Top-Angebot: Bis zu fünf Cent Preisnachlass pro Liter für Diesel und Benzin

Die euroShell Card von FLEETCOR spart BDS-Mitgliedern Zeit und Geld

Die Firma FLEETCOR ist ein unabhängiger, globaler Anbieter von speziellen Zahlungslösungen und -dienstleistungen wie Tankkarten, Essenskarten, Unternehmenskarten für vergünstigte Hoteltarife und weitere spezielle Bezahldienste für Unternehmen in der ganzen Welt. Insgesamt nutzen mehr als 500 000 Kunden die Services und Leistungen von FLEETCOR.

Die Dienstleistungen reichen von der Transaktionsabwicklung bis zum kompletten Programm-Management. Die eigenen Plattformen, Programme und Infrastrukturen sind anpassungsfähig und skalierbar. So lassen sich die Anforderungen einer breiten Palette unterschiedlicher Partner erfüllen.

In Mittel- und Westeuropa vertriebt und betreibt FLEETCOR mit einem internationalen Team aus über 400 Mitarbeitern die „euroShell Card“, die Tankkarte, mit der kleine und mittelständische Unternehmen sicher und bargeldlos alle Transaktionen rund um ihre Firmenfahrzeuge abwickeln können.

Der Bezahlstandard an der Tankstelle

Mit der euroShell Card können Kraft- und Schmierstoffe, aber auch alle Leistungen rund um Wartung und Pflege der Fahrzeuge abgewickelt werden. Darüber hinaus lassen sich nach Bedarf Getränke und Snacks sowie Maut und Fähren mit der Karte bezahlen. Neben der Kaufabwicklung ist die zentrale Verwaltung der Fahrzeuge, die Kosten und Rabatte auf einer Rechnung ausweist, zentraler Bestandteil des Produktes.

So funktioniert die euroShell Card

Der Unternehmer bestellt für jedes Firmenfahrzeug eine Tankkarte. Er oder seine Mitarbeiter können damit alle Bezahlvorgänge an der Tankstelle schnell und bargeldlos bestreiten. Ein zuvor festgelegter Wunsch-Pin garantiert sicheren Transfer. Am Ende des Monats erhält das Unternehmen per Post, E-Mail oder im Online-Account eine Sammelrechnung, die alle Po-



Altan Cörekci, FLEETCOR Partnermanager

sitionen aufstellt und die Mehrwertsteuer bereits für die Rückerstattung ausweist. Die Rechnung wird nach vereinbarter Fälligkeit beglichen und geht direkt an die Buchhaltung oder den Steuerberater. Damit werden alle Kasseneinzelbelege sowie deren Organisation überflüssig.

Das Tankstellennetzwerk umfasst in Deutschland zirka 2 200 Shell-Stationen und weitere 2 800 Partner-Tankstellen (Total, Esso und AVIA). In ganz Europa wird die euroShell Card an 25 000 Tankstellen akzeptiert.

Im Online-Portal „Self Serv“ lassen sich Fahrzeuge und Kosten gegenüberstellen. So kann der Verbrauch verglichen und die Kosten auf einen Blick überwacht werden. Welche Karte für welche Zahlvorgänge benutzt werden darf, lässt sich ebenfalls online administrieren.

Businesspartner für den Mittelstand

Damit ist die euroShell Card mehr als ein Bezahlstandard an der Tankstelle. In der Gesamtheit ihrer Funktionen von der kostenfreien Fahrzeug- und Flottenverwaltung, die Möglichkeit jederzeit ohne Bargeld oder Vorleistung Fahrzeuge betanken und warten zu können und der immensen Zeiter-

sparnis, die jede Ablage von Einzelbelegen überflüssig macht, ist die euroShell Card für viele Kunden ein unverzichtbar gewordener Businesspartner.

„Viele Kunden bestätigen uns, dass sie früher einen halben Arbeitstag im Monat Tankbelege sortiert, geprüft, verrechnet und abgelegt haben. Bei fünf Firmenfahrzeugen, die zweimal die Woche tanken, sind das ganze fünf Minuten pro Tankbeleg. Das ist Zeit, die Sie sich mit der automatischen Sammelrechnung der euroShell Card ganz einfach sparen. Und wer hätte nicht gerne mehr Freizeit oder Arbeitszeit zur Verfügung?“, erklärt Altan Cörekci, Partnermanager bei FLEETCOR.

Für jedes Unternehmen das passende Modell

Die Tankkarte lohnt sich bereits ab dem ersten Fahrzeug. Je nachdem, ob sich ein Kunde mit seinen Fahrzeugen mehr in der Heimatregion, deutschlandweit oder international bewegt, bietet FLEETCOR unterschiedliche Modelle an. Dabei ist FLEETCOR in der Lage, Rabatte von bis zu 5 Cent pro Liter an seine Kunden auszuschütten. Ungewöhnlich für den deutschen Markt ist dabei, dass Rabatte nicht nur auf Diesel, sondern auch auf Benzin eingeräumt werden. Wer noch etwas Gutes für die Umwelt tun möchte, kann automatisch ein Prozent des Netto-Umsatzes dem „Clean Advantage-Programm“ von Shell zukommen lassen.

In diesem Rahmen unterstützt FLEETCOR viele Initiativen und Projekte, die sowohl regional als auch weltweit das in der Atmosphäre vorkommende CO₂ reduzieren. ■

Rückfragen:

FLEETCOR Deutschland GmbH
Frankenstraße 150c
90461 Nürnberg
Altan Cörekci
Partnermanager
altan.coerekci@fleetcor.de

Exklusiv für BDS Mitglieder:

Jetzt Partnerkonditionen für die euroShell Card sichern

**Bis zu 5* Cent Preisnachlass pro Liter Diesel und Benzin
mit dem Aktionscode BDS2017**

Mehr Infos hier!



- sicheres und bargeldloses Tanken
- 25 000 Tankstellen in Europa
- 2 200 Shell-Tankstellen und weitere 2800 Partnertankstellen (Total, Esso und AVIA) in Deutschland
- komfortable Fahrzeugverwaltung
- alles auf einer Rechnung im praktischen PDF-Format – ohne Belege und lästige Verwaltung
- Rabatte auf Diesel und Benzin
- mehr Überblick und Kostenkontrolle beim Tanken
- keine Mindestabnahmemenge von Kraftstoff oder Tankkarten

Gleich Rückruf vereinbaren!



BDS
Bund der Selbständigen
Landesverband NRW e.V.

BDS.
Bundesverband der Selbständigen

Wir sind auch telefonisch für sie da: **Partnerhotline 0911 / 149 554 92**

FLEETCOR Deutschland GmbH, Frankenstraße 150c, 90461 Nürnberg

(*Angebot gilt nur für Neukunden)

Verstoß gegen einschlägige Unfallverhütungsvorschriften

Oberlandesgericht stellt Bauunternehmer von **Haftung** frei

Wann haften Arbeitgeber für Unfälle von Mitarbeitern? Mit dieser Frage hat sich das Schleswig-Holsteinische Oberlandesgericht in seiner Entscheidung vom 06.03.2014 (11 U 74/13) auseinandergesetzt.

Im entschiedenen Fall war ein Bauunternehmen von der Berufsgenossenschaft Bauwirtschaft verklagt worden, weil das Unternehmen als Arbeitgeber Unfallverhütungsvorschriften nicht eingehalten hatte.

Zusammen mit einem bei ihm beschäftigten Betonmischer/Einschaler führte ein Mitarbeiter auf einer Baustelle Verschalungsarbeiten für eine Kellergeschossdecke durch, indem Schaltafeln auf der Trägerlage befestigt wurden. Zum Kellertreppenöffnungsschacht hin waren die verlegten Schaltafeln nicht vernagelt und standen in den Kellertreppenöffnungsschacht über.

Der beklagte Bauunternehmer verließ kurz vor dem Ende der Verschalungsarbeiten die Baustelle und wies einen Mitarbeiter an, im Bereich des Kellertreppenöffnungsschachts die Schalplatten um den über den Trägerbalken hinausragenden Teil zu verkürzen und auf dem Trägerbalken zu vernageln.

Dieser Mitarbeiter betrat schließlich eine der unbefestigten Schalplatten, die in den Schacht hineinragte, und stürzte 2,40 m tief auf den Betonfußboden des Kellergeschosses. Er erlitt dabei schwere Kopfverletzungen und brach sich das Schulterblatt.

Die nun klagende Berufsgenossenschaft Bauwirtschaft trat als gesetzlicher Unfallversicherer für die Folgen des Arbeitsunfalls ein, verlangte jetzt aber vom beklagten Bauunternehmen die Erstattung der Kosten.

Damit hatte sie vor dem Landgericht Erfolg, der Bauunternehmer wurde zur Zahlung von über 56.000 Euro verurteilt.

Dies sah jedoch das Oberlandesgericht anders und wies in der Berufungsinstanz die Klage ab. Es hat dies damit begründet, dass der Beklagte als Arbeitgeber für die wegen des Ar-



Nicht jeder Verstoß gegen die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften gilt bereits als grob fahrlässiges Verhalten

beitsunfalls entstandenen Aufwendungen nur dann haftet, wenn er einen Versicherungsfall vorsätzlich oder aber grob fahrlässig herbeigeführt hat, so geregelt in § 110 SGB VII.

Beiträge zur Berufsgenossenschaft

Allerdings ist nicht jeder Verstoß gegen die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften bereits als grob fahrlässiges Verhalten zu werten. Unternehmer sollen grundsätzlich von einer Haftung freigestellt sein, weil sie die Beiträge zur Berufsgenossenschaft zu 100 % zahlen und dementsprechend nur dann in Anspruch genommen werden sollen, wenn eine besonders krasse und subjektiv schlechthin unentschuld bare Pflichtverletzung vorliegt. Dies war hier nicht der Fall. Die nach den Unfallverhütungsvorschriften erforderliche Sicherung des Kellertreppen-schachts gilt erst nach Abschluss der Verschalungsarbeiten, nicht jedoch während der laufenden Verschalungsarbeiten. Würde man dies anders bewerten, so wären die Verschalungsarbeiten für eine Geschossdecke kaum durchführbar, weil jeweils nach Verlegung eines Schalbrettes eine neue Absturz-sicherung angebracht werden müsste.

Bei einer fachgerechten Ausführung der Verschalungsarbeiten nach Verlegung und Vernagelung des ersten Schalbrettes hätte ein gesicherter Untergrund für die Verlegung und Vernagelung des nächsten Schalbrettes zur Verfügung gestanden.

Der beklagte Bauunternehmer hatte seinem Mitarbeiter die Anweisung gegeben, die Schalplatten, die in den Kellertreppen-schacht hineinragten, zu verkürzen und anschließend zu vernageln.

Bei dem verletzten Mitarbeiter handelte es sich um einen erfahrenen Mitarbeiter, so dass der Bauunternehmer nicht damit rechnen musste, dass dieser sich nicht an die Arbeitsanweisung halten und selbst auf die losen Schalbretter treten würde. ■

Rückfragen:

Stefan Engelhardt, Roggelin & Partner
Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte, Partnerschaft (AG Hamburg PR 632)
Alte Rabenstraße 32, 20148 Hamburg
Telefon: +49 (0)40.76 99 99-31
Telefax: +49 (0)40.76 99 99-36
stefan.engelhardt@roggelin.de
www.roggelin.de

Nichtberücksichtigung von Sondertilgungen

Berechnung von Vorfälligkeitszinsen bei vorzeitiger Darlehensrückzahlung

 **Immobilienkredit**
Immobilienkreditdarlehen mit
(anfänglich) gebundenem Sollzins

1 Darlehensnehmer
(persönliche Angaben)
Frau
[REDACTED]

– nachstehend auch bei mehreren „der Darlehensnehmer“ genannt – erhält von der Bedingungen:

2 Art des Darlehens
Darlehen mit Annuitätentilgung (Tilgungsdarlehen)
Der Darlehensnehmer zahlt ab Tilgungsbeginn zu den vereinbarten Fälligkeitstermin Dauer der vereinbarten Zinsfestschreibung in ihrer Höhe unverändert bleibt. Aus jed Sollzinsen abgedeckt (Zinsanteil), der verbleibende Teil der Leistungsrate wird zur T Da der in der Leistungsrate enthaltene Zinsanteil aus der jeweiligen Darlehensrests Sollzinssatz mit fortschreitender Laufzeit des Darlehens der Zinsanteil der Leistungs steigt. Die so „ersparten“ Sollzinsen werden also zur Tilgung mit verwendet. Bis zur keitsterminen nur Sollzinsen zu bezahlen.

3 Darlehenshöhe, Darlehenskosten
3.1 Darlehensnennbetrag
Nettodarlehensbetrag (Gesamtdarlehensbetrag)

3.2 Verzinsung
Das Darlehen ist mit 6,50 v. H. pro Jahr zu verzinsen.
Der Sollzinssatz ist für die gesamte Vertragslaufzeit gebunden.

3.3 Effektiver Jahreszins **1,66** v. H.

Der unter anderem für das Bankrecht zuständige XI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat auf die Unterlassungsklage eines Verbraucherschutzvereins entschieden, dass die Klausel in einem Darlehensvertrag zwischen einem Kreditinstitut und einem Verbraucher, wonach im Falle vorzeitiger Vollrückzahlung des Darlehens zukünftige Sondertilgungsrechte des Kunden bei der Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung unberücksichtigt bleiben, unwirksam ist. (Mitteilung des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 19.01.2016 zu seinem Urteil vom selben Tage, Az. XI ZR 388/14).

Die beklagte Sparkasse vergibt unter anderem grundpfandrechtlich abgesicherte Darlehen an Verbraucher. Soweit den Kreditnehmern hierbei Sondertilgungsrechte innerhalb des Zinsfestschreibungszeitraums eingeräumt werden, enthalten die „Besonderen Vereinbarungen“ des Darlehensvertrags die nachfolgende Bestimmung:

„Zukünftige Sondertilgungsrechte werden im Rahmen vorzeitiger Darlehensvollrückzahlung bei der Berechnung von Vorfälligkeitszinsen nicht berücksichtigt.“

auf die beanstandete Klausel zu. Die Auslegung der umfassend formulierten Regelung ergibt, dass sie aus der maßgeblichen Sicht eines rechtlich nicht vorgebildeten Durchschnittskunden jedenfalls auch bei der Berechnung einer Vorfälligkeitsentschädigung nach § 490 Abs. 2 Satz 3 BGB aufgrund einer außerordentlichen Kündigung des Darlehensvertrages durch den Darlehensnehmer infolge der Ausübung seiner berechtigten Interessen nach § 490 Abs. 2 Satz 1 BGB Anwendung findet.

Rechtlich geschützte Zinserwartung

Auf der Grundlage dieser Auslegung weicht die beanstandete Klausel von gesetzlichen Regelungen ab. Nach § 490 Abs. 2 Satz 3 BGB hat der kündigende Darlehensnehmer dem Darlehensgeber denjenigen Schaden zu ersetzen, der diesem aus der vorzeitigen Kündigung entsteht. Die Anspruchshöhe ist nach den für die Nichtabnahmeentschädigung geltenden Grundsätzen zu ermitteln, wonach der maßgebliche Schadensumfang den Zinsschaden und den Verwaltungsaufwand des Darlehensgebers umfasst. Ersatzfähig ist der Zinsschaden jedoch lediglich für

den Zeitraum rechtlich geschützter Zinserwartung des Darlehensgebers. Die rechtlich geschützte Zinserwartung wird - unter anderem - durch vereinbarte Sondertilgungsrechte begrenzt. Diese begründen ein kündigungsunabhängiges Teilleistungsrecht des Darlehensnehmers zur Rückerstattung der Valuta ohne Verpflichtung zur Zahlung einer Vorfälligkeitsentschädigung. Mit der Einräumung solcher regelmäßig an bestimmte Voraussetzungen geknüpften Sondertilgungsrechte gibt der Darlehensgeber von vornherein seine rechtlich geschützte Zinserwartung im jeweiligen Umfang dieser Rechte auf. Von diesen Grundsätzen der Bemessung der Vorfälligkeitsentschädigung nach § 490 Abs. 2 Satz 3 BGB weicht die beanstandete Regelung zum Nachteil des Darlehensnehmers ab, indem dessen künftige Sondertilgungsrechte, die die Zinserwartung der Beklagten und damit die Höhe der von ihr im Falle einer Kündigung nach § 490 Abs. 2 Satz 1 BGB zu beanspruchenden Vorfälligkeitsentschädigung beeinflussen, bei der Berechnung - generell - ausgenommen werden.

Die generelle Nichtberücksichtigung vereinbarter künftiger Sondertilgungsrechte bei der Berechnung einer Vorfälligkeitsentschädigung führt zu einer von der Schadensberechnung nicht gedeckten Überkompensation der Beklagten. Die Klausel ist deshalb mit wesentlichen Grundgedanken der gesetzlichen Regelung, von der abgewichen wird, unvereinbar und benachteiligt die Kunden der Beklagten entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen. Die Überkompensation wird nicht anderweit ausgeglichen oder auch nur abgeschwächt. ■

Rückfragen:

Klaus Hünlein, Rechtsanwalt
Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht
Fachanwalt für Verwaltungsrecht
Tel.: 069-4800 7890, Fax: 069-4800789-50
E-Mail: rae@huenlein.de
www.huenlein.de

BDS.

Großabnehmerrabatt für BDS-Mitglieder

Abrufschein für Kfz-Neuwagen zu Sonderkonditionen der Marke Toyota anfordern

Bitte senden Sie mir einen Abrufschein unter der von mir eingetragenen Firmenadresse und meinem Namen zu. Weitere Sonderkonditionen für Kraftfahrzeuge und für andere Produkte und Dienstleistungen finden Sie im geschütztem Bereich unter: www.bds-dgv.de.

Bitte ankreuzen:

-  Von 18% (Lexus RX) bis zu 34% (ProAce) Nachlass je nach Fahrzeugmodell

Sie können den gewünschten Abrufschein anfordern unter:

Telefon: 0 30 / 28 04 91-0 · Telefax: 0 30 / 28 04 91-11 · E-Mail: info@bds-dgv.de

- Ich bin BDS-Mitglied. Mitgliedsnummer (falls zur Hand) _____

Vorname/Nachname

Straße

Firma

PLZ/Ort

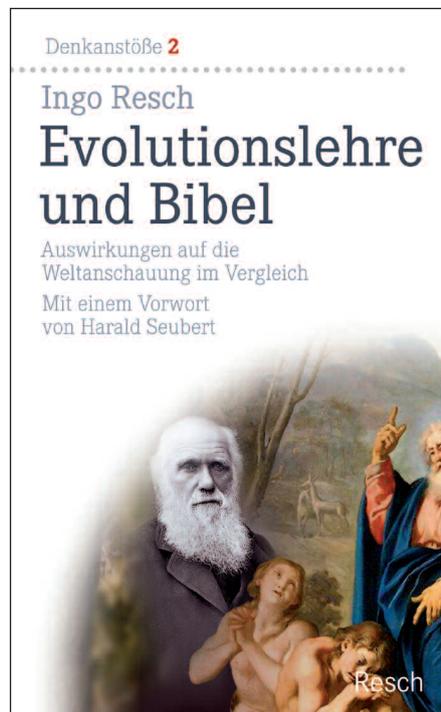
E-Mail/Telefon

Datum/Unterschrift

Evolutionstheorie und Bibel

Das neue Buch von Ingo Resch stellt den Evolutionismus und den biblischen heilsgeschichtlichen Bericht einander gegenüber. Der Autor führt nicht die fruchtlosen und ideologisierten Debatten zwischen Kreationisten und Evolutionisten weiter. Er reflektiert die Unterschiede in den Zugangsweisen und denkt beide Wege in ihrer Auswirkung auf die jeweilige Weltanschauung zu Ende. Dabei kommt er auf grundlegende Fragen menschlichen Lebens und zeigt auf, wie die unterschiedlichen Annahmen über den Ursprung notwendigerweise zu unterschiedlichen Weltanschauungen führen: was bzw. wer ist der Mensch, welche Rolle spielen Verantwortung, Dialog, Liebe, Freiheit und Tod?

Der Verfasser verdeutlicht, wie und in welcher Form in Geschichte und Natur evolutionäre Prozesse, also Entwicklungen, stattfinden und stellt die Frage nach der Kausalität. Sowohl die biblischen Berichte als auch die Evolutionstheorie beschreiben ein Verändern in der Geschichte, sie beruhen aber beide auf gegensätzlichen Annah-



Ingo Resch, *Evolutionstheorie und Bibel*
Hardcover, 192 Seiten, Format 13,5 x 20,5 cm,
ISBN 978-3-935197-83-0, 14,95 Euro

men: So stellt z. B. in der Genesis die Information (das Wort) die Ausgangslage dar und Zeit ist die Folge; in der Evolutionstheorie bildet die Zeitdauer dagegen eine wesentliche Voraussetzung und Informationen sind die Folge. Ihre jeweiligen Aussagen werden wissenschaftlich erhärteten Erkenntnissen gegenübergestellt und die sich daraus ergebenden Folgen durchdacht. Spannend werden Beweisketten beider Annahmen der Lebensentstehung überprüft, und wie in einem Indizienbeweis wird gezeigt, wie weit sie reichen und wo ihre Grenzen sind.

Überzeugend und mit großer Weite zeigt der Verfasser: Biblisches und evolutionistisches Menschen- und Weltbild sind nicht auf einer Ebene angesiedelt und damit schließen sie sich in den sich ergebenden Folgen weitgehend aus. Das wird gerade auch an der Frage einer grundsätzlichen Schuld des Menschen deutlich.

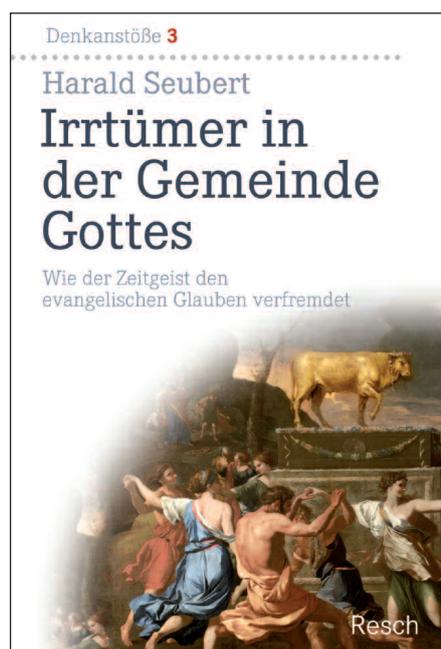
Wer sich auf Reschs kenntnisreiche und engagierte Beweisführung einlässt, wird durch eine Fülle von Einsichten reich belohnt: Ein Buch, geeignet für das Durchdenken der eigenen Weltanschauung. ■

Irrtümer in der Gemeinde Gottes

Harald Seubert geht in seinem neuen Buch einer These des Phänomenologen und Religionsphilosophen Dietrich von Hildebrand aus dem Jahr 1968 nach: Sind nicht in den letzten 300 Jahren seit der Aufklärung trojanische Pferde in das Zentrum des christlichen Glaubens hineingetragen worden, sodass dieser gar nicht mehr erkennbar ist?

Zu denken ist an einen dominierenden Moralbegriff, aber auch an Ideologien wie Marxismus, Evolutionismus, Historismus, Relativismus und Konstruktivismus. Vielfach macht man sich nicht mehr klar, dass diese Inhalte gerade nicht genuin biblisch sind. Seubert zeigt deshalb eingangs, was das Zentrum christlichen Glaubens ist, wie es vom Alten und Neuen Testament her Gestalt gewinnen kann. Denn christlicher Glaube muss heute mehr denn je von seiner Mitte her verstanden und bezeugt werden.

Der Autor setzt sich deshalb auch mit dem Anliegen der Reformatoren auseinan-



Harald Seubert, *Irrtümer in der Gemeinde Gottes*
Hardcover, 160 Seiten, Format 13,5 x 20,5 cm
ISBN 978-3-935197-84-7, 14,95 Euro

der und fragt, wie eine Reformation der gegenwärtigen Kirche und Gemeinde aussehen müsste. Sie wäre nötig, um offensichtlichen gegenwärtigen Deformationen zu begegnen und sowohl einer säkularen westlichen Welt als auch herandrängenden neuen „heißen Religionen“ begegnen zu können. Der begründete Glaube an Gott als Schöpfer, Jesus Christus als Sohn Gottes und wahrer Mensch und wahrer Gott und den Heiligen Geist als Verbindung von Gott und der Welt, aber auch die Ehrfurcht vor Gott und seiner Heiligkeit verändern das Bild des Menschen von sich selbst. Gottebenbildlichkeit ist, wie Seubert zeigt, die tiefste Begründung der menschlichen Würde.

So zeigt das Buch, indem es die Schichten einer Verwechslung von Ideologien mit einfachem Christentum abträgt, die Aktualität der eigentlich christlichen Botschaft für die Gegenwart: Eine faszinierende Spurensuche für mündige Menschen und/oder Christen. ■



TOYOTA

NICHTS IST
UNMÖGLICH



DER AVENSIS TOURING SPORTS. STIL. SICHERER. GESCHÄFTSPARTNER.

Serienmäßig sicher mit Toyota Safety Sense
und Pre-Collision-System.

**Exklusive Leasing Sonderkonditionen
für bezugsberechtigte Mitglieder
des Bundesverbandes der Selbständigen.**

BDS.

Bundesverband der Selbständigen

Toyota **Business
+Plus**

0,- €*

Leasingsonderzahlung

**TOYOTA
SERVICE
LEASING**

290 €* Monatlich

Technik-Service-Rate **17,16 €*****
(Wartung und Verschleißreparaturen).

AVENSIS TOURING SPORTS EDITION-S

- 17"-LEICHTMETALLFELGEN
- NAVIGATIONSSYSTEM TOYOTA TOUCH&GO2
- RÜCKFAHRKAMERA • 4,2"-TFT-MULTI-INFO-FARBDISPLAY
- KLIMAAUTOMATIK • SITZHEIZUNG VORNE
- SMART-KEY-SYSTEM
- TOYOTA SAFETY SENSE U.A. MIT PRE-COLLISION SYSTEM

- ELEKTRISCHE FENSTERHEBER VORNE UND HINTEN
- AUSSENSPIEGEL, ELEKTRISCH EINSTELL- UND BEHEIZBAR
- DACHREILING • 7 AIRBAGS (INKL. KNIEAIRBAG FÜR FAHRER)
- LENDENWIRBELSTÜTZE FÜR FAHRER, ELEKTRISCH EINSTELLBAR
- USB-SCHNITTSTELLE MIT IPOD-STEUERUNG
- VOLL-LED-SCHEINWERFER • LED-TAGFAHRLICHT
- RÜCKSITZLEHNE IM VERHÄLTNIS 60:40 GETEILT UMKLAPPBAR

*Unser Toyota Service Leasing Angebot¹ für den Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe. Leasingsonderzahlung 0,00 €, Vertragslaufzeit 36 Monate, Gesamtleistung 60.000 km, 36 mtl. Raten à 290,34 €, Technik-Service-Rate à 17,16 €. Kraftstoffverbrauch Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe, innerorts/außerorts/kombiniert 5,7/4,0/4,6 l/100 km, CO₂-Emissionen kombiniert 120 g/km. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

¹ Ein **unverbindliches** Angebot der Toyota Leasing GmbH, Toyota-Allee 5, 50858 Köln. Entsprechende Bonität vorausgesetzt. Monatliche Leasingrate inklusive Technik-Service (Wartung und Verschleißreparaturen). **Gilt bei Anfrage und Genehmigung bis zum 28.02.2017.** Alle Angebotspreise verstehen sich auf Basis der **unverbindlichen Preisempfehlung** der Toyota Deutschland GmbH, Toyota-Allee 2, 50858 Köln, per Dezember 2016, **zzgl. MwSt., zzgl. Überführung.** Diese Aktion gilt nur für BDS Mitglieder in Verbindung mit einem gültigen Abrufschein des Toyota Rahmenabkommens Nr: 000272.